

# Verein der Völkermordgegner e.V. Frankfurt / Main

Kontaktadresse: Frankfurter Str. 105 D-64807 Dieburg Tel. & Fax: 069/5970813

Für die offizielle Anerkennung des **Tatbestandes des Völkermordes** an Armeniern und dessen Verurteilung

An die

**Abgeordneten des Deutschen Bundestages**

An den

**Präsidenten des Deutschen Bundestages**

Herrn Wolfgang Thierse

Über die

**Vorsitzende des Petitionsausschusses**

**des Deutschen Bundestages**

Frau Heidemarie Lüth

Mauerstr. 36, Haus 3

10117 Berlin

Sehr geehrte Frau Lüth,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Thierse,

die Unterzeichner dieses Briefes stehen einem Verein türkischer Staatsbürger vor, die die anhaltende Verleugnung und Verdrängung historischer Tatsachen wie Völkermord und Vertreibung nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Aus diesem Grund auch hat unser „Verein der Völkermordgegner e.V.“ 11 247 Unterschriften (in Worten: elftausendzweihundertsiebenundvierzig) - davon über zehntausend von türkischen Staatsbürgern - gesammelt und am 4. November 1999 per Einschreiben der Großen Nationalversammlung der Republik Türkei übermittelt. Der Aufruf, den die Unterzeichner unterstützen, fordert die Parlamentarier unseres Landes auf, den Völkermord an den Armeniern durch das jungtürkische Regime in den Jahren 1915/16 als **historische** Tatsache anzuerkennen.

Für türkische Staatsbürger ist ein solche Schritt - auch 85 Jahre nach der Tat - leider noch keineswegs selbstverständlich. Wir alle sind mit einer Geschichtsschreibung aufgewachsen, die Völkermord und Vertreibung in unserer Nationalgeschichte verleugnet. Den Zugang zu objektiven Quellen erhielten wir meist im Ausland und fast nach 80 Jahren. Alle unsere Untersuchungen führen uns zu dem Ergebnis, daß in den Jahren 1915 bis 1923 fast die gesamte christliche Bevölkerung (Armenier, Assyrer bzw. Aramäer, Griechen in Westanatolien und Pontosgebiet) durch Massaker, Deportation sowie Vertreibung beseitigt worden ist. Die Überlebenden der betroffenen Völker werden durch die anhaltende Leugnung der offiziellen Türkei gezwungen, permanent nachzuweisen, daß sie

tatsächlich Opfer eines Genozides geworden sind. Besonders für uns Türken ist es eine große Gewissensbelastung, daß diese Völker seit 85 Jahren ihrem Leid ausgeliefert sind.

Wir fühlen uns darum moralisch verpflichtet, ihr von der Verleugnung hervorgerufenen Leid zu beenden und die nationale wie internationale Verurteilung der an den Armeniern, Assyriern und Pontosgriechen begangenen Verbrechen zu fordern. Natürlich wenden wir uns als türkische Staatsbürger in erster Linie an unser eigenes Parlament. Aber der Gesetzgeber der Republik Türkei hat uns Bürger in Stich gelassen, indem er die Annahme unserer per Einschreiben übermittelten Petition verweigerte.

Das zwingt uns jetzt, uns mit unserem Anliegen um Vergangenheitsbewältigung und Aussöhnung an das Parlament desjenigen Landes zu wenden, in dem die meisten Unterzeichner unserer Petition leben, also an den Deutschen Bundestag. In Deutschland lebt die größte türkischsprachige Auslandsgemeinschaft. Wir suchen darum beim Parlament unseres Aufenthaltsstaates um Unterstützung bei unserem Bemühen nach, durch praktische Vergangenheitsbewältigung zukünftigen Wiederholungen des Genozides vorzubeugen. Wir hoffen inständig, daß die Damen und Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestag unsere Bitten unterstützen werden:

- Bitte bestätigen Sie in einer Resolution des Deutschen Bundestages die historische Faktizität des Völkermordes an den Armeniern!
- Bitte fordern Sie Ihre türkischen Parlamentarierkollegen zur Vergangenheitsbewältigung auf, denn sie ist unerläßlicher Bestandteil der Demokratisierung unseres Landes!
- Bitte fordern Sie die Große Nationalversammlung der Republik Türkei auf, die Petition ihrer Bürger anzunehmen.

Ihre Anerkennung und Verurteilung des ersten großen Völkermordes des 20. Jahrhunderts wird dazu beitragen, das Leid der betroffenen Völker zu lindern, die gesellschaftlichen Spannungen in der Türkei abzubauen und neuen Verbrechen organisierter Massengewalt vorzubeugen.

Wir erhoffen gerade von deutscher Seite Verständnis für unser Anliegen. Unsere Hoffnung stützt sich auf den Beschluß des deutschen Bundestages, ein Mahnmal gegen den Völkermord durch die Naziherrschaft zu errichten. Unsere Erwartung stützt sich aber auch auf die besonderen türkisch-deutschen Beziehungen. Tatsache ist: Das deutsche Kaiserreich hat als Verbündete im Ersten Weltkrieg des Osmanischen Reiches bei diesem tragischen Ereignis keine unerhebliche Rolle gespielt. Die deutsche Staatsführung hat damals die Vernichtung und Vertreibung der christlichen Bevölkerung billigend hingenommen.

